Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Kooperierender Mittelstand e.V. (BKM)

Aktuell seit 27.11.2026 15:00:32

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001283
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	27.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Unter den Linden 17 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493031873090 E-Mail-Adressen: info@bkm-verband.de Webseiten: www.bkm-verband.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
440.001 bis 450.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Günter Althaus**
   Funktion: Präsident
2. **Julia Graeber**
   Funktion: Vizepräsident
3. **Dr. Stefan Müller**
   Funktion: Vizepräsident
4. **Dr. Andreas Trautwein**
   Funktion: Vizepräsident
5. **Dr. Henning Bergmann**
   Funktion: Hauptgeschäftsführer; Vertreter nach § 30 BGB

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. **Tim Geier**
2. **Jörg Glaser**
3. **Dr. Marc Zgaga**
4. **Marius Müller-Böge**
5. **Juliane Wehr-Ibold**
6. **Carsten Lier**
   Tätigkeit bis 02/24:
   Praktikant
   im Auswärtiges Amt (AA) oder dessen Geschäftsbereich
7. **Michaela Steinhauser**
8. **Bastian Prinz**
9. **Christian Noebel**
   Tätigkeit bis 12/25:
   Referent
   im Bundesministerium der Finanzen (BMF) oder dessen Geschäftsbereich
10. **Günter Althaus**
11. **Dr. Henning Bergmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:
269 Mitglieder am 30.04.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (13):
1. Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE)
2. Charta Digitale Vernetzung e.V.

3. Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
4. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.
5. Independent Retail Europe
6. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
7. Studienvereinigung Kartellrecht e.V.
8. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V. (Wettbewerbszentrale)
9. Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)
10. Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)
11. Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
12. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
13. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (57):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Cybersicherheit; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Arbeitslosenversicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente /Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Zweck des Verbandes ist die Förderung und Wahrnehmung der wirtschafts- und kooperationspolitischen Interessen seiner Mitglieder. Er vertritt die Interessen der gewerblichen Genossenschaften, Franchise-Systeme und weiteren Kooperationen des Mittelstandes mit dem Ziel einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für den gesamten kooperierenden Mittelstand am Standort Deutschland. Dies erfolgt üblicherweise in Form von Stellungnahmen, Gesprächen, Dialogformaten und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dabei äußert sich der Verband zu allen

mittelstandsrelevanten Themen, u.a. in der Steuer-, Energie-, Digital-, Arbeitsmarkt- und Wettbewerbspolitik. Besonderes Augenmerk des Verbandes liegt auf der Förderung des Mittelstandes in kooperierenden Netzwerken und damit auch auf die Wahrnehmung mittelstandspolitischer Interessen der den Mitgliedern angeschlossenen Unternehmen gerichtet.

Der Verband hat insbesondere die Aufgaben:
a) die Interessen gegenüber staatlichen Behörden und Institutionen sowie gegenüber Organisationen der Wirtschaft und Wissenschaft wahrzunehmen;
b) den Austausch aller kooperationsrelevanter Informationen unter den Mitgliedern zu fördern;
c) Beratung und Betreuung der Mitglieder in allen Angelegenheiten, die zum satzungsmäßigen Aufgabenbereich des Verbandes gehören.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. **Mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung des Steuerrechts**

   Beschreibung:
   Insgesamt sollte die Steuerbelastung von kleinen und mittleren Unternehmen gesenkt werden, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und betriebliche Investitionen zu erleichtern. Zusätzliche steuerrechtliche Hürden und Zweifelsfragen müssen verhindert werden. In diesem Zusammenhang sollte die Besteuerung von Bildungsleistungen nicht zum Nachteil von privaten Bildungsanbietern und Beschäftigten nicht reformiert werden.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)
   Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)
   Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/2673 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz)
   Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406190188** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2510100028** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **SG2608210001** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **Praxistaugliche Einführung der E-Rechnung in Deutschland**

Beschreibung:
Die Einführung der obligatorischen E-Rechnung für inländische B2B-Umsätze soll so ausgestaltet werden, dass gerade kleinere Unternehmen bei der Einführung in technischer und somit auch finanzieller Hinsicht nicht überfordert werden. Zudem dürfen etablierte Geschäftsprozesse insbesondere im kooperierenden Handel nicht gefährdet werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 87/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

3. **Verringerung von Bürokratie und Dokumentationspflichten für den Mittelstand**

Beschreibung:
Der insgesamt hohe Bürokratieaufwand insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen soll durch geeignete Maßnahmen verringert werden. Dazu gehört die deutliche Verkürzung der handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und weitere Unterlagen. Zudem sollten vor allem die Möglichkeiten zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie der Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden über einheitliche Schnittstellen ausgeschöpft werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AO 1977 [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2510060001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. **SG2511120005** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.11.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

3. **SG2511120006** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]

4. **SG2511250007** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Praxistaugliche Lieferkettenregulierung im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen**

Beschreibung:
Vor dem Hintergrund des bereits geltenden LkSG und der anstehenden Umsetzung der CSDDD in nationales Recht sollen die besonderen Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen stärker durch entsprechende Erleichterungen berücksichtigt werden, die bisher in erheblichem Umfang zumindest indirekt von den Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette betroffen sind.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11752 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtenaufhebungsgesetz)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2474 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes - Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu] ; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509010018** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. **Weiterentwicklung des Genossenschafts-, Gesellschafts-, Handels- und Geldwäscherechts im Sinne des kooperierenden Mittelstands**

Beschreibung:
Die Interessen der Unternehmen des kooperierenden Mittelstands im Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich sollen u.a. im Zuge der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes, vor dem Hintergrund einer diskutierten EU-weiten Harmonisierung des Insolvenzrechts sowie mit Blick auf die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen angemessen berücksichtigt werden. Dies schließt ebenso die Umsetzung der EU-Geldwäscheverordnung in nationales Recht ein.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14501 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GenG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]; InsO [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2503250081** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.03.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2508040014** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.07.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

3. **SG2509010019** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. **SG2609100001** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

5. **SG2611270033** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.11.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

6. **Mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts**

   Beschreibung:
   Die Interessen des kooperierenden Mittelstands sollen bei der anstehenden 12. GWB-Novelle sowie bei der vor dem Hintergrund der Green Claims Directive zu erwartenden UWG-Novelle angemessen berücksichtigt werden.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/1855 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
   Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   GWB [alle RV hierzu]; UWG 2004 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2508040012** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **SG2606180072** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

7. **Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen mit Augenmaß**

Beschreibung:
Die Umsetzung der CSRD in nationales Recht soll so erfolgen, dass weder der Mittelstand im Allgemeinen noch gewerbliche Verbundgruppen im Besonderen durch Pflichten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung überfordert werden. Dabei müssen neue Berichtspflichten bestmöglich mit jenen im Rahmen der Lieferkettenregulierung gemäß LkSG abgestimmt und der damit verbundene Aufwand gering gehalten werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2406200196** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2409260118** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.09.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2508040011** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 21.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

4. **SG2509100004** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

8. **Wettbewerbsfähige sowie nachhaltige Energie- und Klimapolitik für den Mittelstand**

Beschreibung:
Im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen sollten Steuern, Abgaben sowie Umlagen auf den Strompreis reformiert werden, um eine Senkung der tatsächlichen Stromkosten herbeizuführen. Darüber hinaus bedarf es wirksamer Maßnahmen gegen übermäßig steigende Preise bei der Wärmeversorgung und allgemein einen für Unternehmen praxistauglichen Rahmen in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13950 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Verordnung zur Stärkung der Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und bestimmten Bau- und Abbruchabfällen
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Erste Verordnung zur Änderung der Gewerbeabfallverordnung (20. WP) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2753 (Vorgang) [alle RV hierzu]
a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/1866, 21/2469, 21/2669 Nr. 25 - Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt, Kay Gottschalk, Hauke Finger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21 /2086 - Bürger, Mittelstand und Industrie entlasten - Stromsteuer für alle dauerhaft auf europäisches Mindestmaß absenken

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1587 (Vorgang) [alle RV hierzu]
a) zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Drucksache 21/570 - Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG) - b) zu dem Gesetzentwurf der

Bundesregierung - Drucksache 21/1150 - Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG)

Betroffenes geltendes Recht:
StromStG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. **SG2406210168** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2408210003** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2412090019** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.11.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2508190008** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. **SG2510100024** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.09.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

6. **SG2510100026** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. **Mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung, insbesondere Vermeidung zusätzlicher Steuerbürokratie**

   Beschreibung:

   Insgesamt sollte die Steuerbelastung von kleinen und mittleren Unternehmen gesenkt werden, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und betriebliche Investitionen zu erleichtern. Zusätzliche steuerrechtliche Hürden und Zweifelsfragen müssen verhindert werden. Dabei sollte es insbesondere nicht zu zusätzlicher Steuerbürokratie und weiteren Mitteilungspflichten kommen.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/3104 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 21/1974, 21/2470, 21/2669 Nr. 26 - Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025 - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Kay Gottschalk, Hauke Finger, TorbenBraga, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21/2720 - Rückforderungslücken bei Cum-Ex und Cum-Cum schließen - c) zu dem Antrag der Abgeordneten Sascha Müller, Karoline Otte, Stefan Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN - Drucksache 21/2558 - Steuer...

   Betroffenes geltendes Recht:
   EStG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2407180033** (PDF - 4 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2509100003** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **SG2608210002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

10. **Zukunftsfähige Weiterentwicklung der Sozialversicherung**

Beschreibung:
Die Sozialversicherung muss mit Blick auf die Auswirkungen auf die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge, die von den Unternehmen des kooperierenden Mittelstands in ihrer Rolle als Arbeitgeber maßgeblich getragen werden, zukunftssicher und kosteneffizient weiterentwickelt werden. Dabei müssen sowohl Beitragssteigerungen als auch höhere Steuerzuschüsse so weit wie möglich vermieden werden. Private Absicherung ist als flankierendes Element auf geeignete Weise zu fördern.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge
Datum des Referentenentwurfs: 05.12.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; AltZertG [alle RV hierzu]; AltvDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2512110009** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2604210006** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. **Umsetzung des Rechts auf Reparatur unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten des kooperierenden Mittelstands**

Beschreibung:
Der kooperierende Mittelstand unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung des europäischen Gesetzgebers, Reparaturen zu stärken, Produktlebenszyklen zu verlängern und Ressourcen zu schonen. Reparaturkompetenz ist integraler Bestandteil vieler mittelständischer Geschäftsmodelle. Damit das Recht auf Reparatur in der Praxis funktioniert, dürfen die Mittelstandskooperationen bei der Umsetzung der neuen Informationspflichten nicht überfordert werden. Zudem braucht es eine Preisgestaltung, bei der die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden und die Reparatur trotzdem preislich attraktiv gegenüber dem Neukauf ist.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/5923 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602160003** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

12. **Digitalen Omnibus mittelstandsfreundlich gestalten**

Beschreibung:
Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Vereinfachung des AI-Acts und der DSGVO im Rahmen des Digitalen Omnibus-Vorschlags der Europäischen Kommission ein.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4594 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167 /2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 - (Gesetz zur Durchführung der Verordnung über künstliche Intelligenz)

Betroffenes geltendes Recht:
HinSchG [alle RV hierzu]; SGB 1 [alle RV hierzu]; FinDAG [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2604220010** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

2. **SG2605270053** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

13. **Zeitgemäße Flexibilisierung des Arbeitsrechts**

Beschreibung:
Die Unternehmen im kooperierenden Mittelstand sowie ihre Beschäftigten benötigen mehr Freiräume in der Arbeitsgestaltung und in Bezug auf die Anstellungsbedingungen. Deshalb sollte die Höchstarbeitszeit flexibilisiert und die Arbeitszeiterfassung möglichst unbürokratisch möglich sein. Auch sollten gesetzliche Kündigungsfristen nicht mehr so stark mit den Jahren der Betriebszugehörigkeit ansteigen.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604210009** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

14. **Faire Vergütung in den Unternehmen ohne zusätzliche bürokratische Pflichten ermöglichen**

Beschreibung:
Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie sollte allenfalls möglichst unbürokratisch und unter Berücksichtigung der besonderen Situation von KMU in deutsches Recht umgesetzt werden, da andernfalls umfangreiche Belastungen durch neue Berichts- und Auskunftspflichten drohen. Notwendig wäre darüber hinaus eine Überarbeitung der Entgelttransparenzrichtlinie auf EU-Ebene.

Betroffenes geltendes Recht:
EntgTranspG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606110029** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.06.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro
   Das "Mittelstand-Digital Zentrum Smarte Kreisläufe" wird getragen vom Gesamtverband textil+mode, den Deutschen Instituten für Textil- und Faserforschung Denkendorf (DITF), dem Institut für Textiltechnik der RWTH Aachen University (ITA), dem Sächsischen Textilforschungsinstitut (STFI) und dem Bundesverband Kooperierender Mittelstand e.V. (BKM; vormals: DER MITTELSTANDSVERBUND - ZGV e.V.). Es unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung zukunftsrelevanter digitaler Technologien. Der BKM ist dabei Schnittstelle zwischen den einzelnen Wertschöpfungsstufen und gleichzeitig Kommunikator in den mittelständischen Handels- und Dienstleistungssektor. Mit dem Netzwerk Mittelstand-Digital stellt das BMWE über den Projektträger DLR Fördermittel für die Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen bereit.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.800.001 bis 1.810.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresrechnung-2025_BKM.pdf